

Weltklimakonferenz Glasgow – Pakt gegen Waldzerstörung

Mitteilung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes in DStGB Aktuell 4421-12 vom 05.11.2021

Auf der UN-Klimakonferenz COP26 am 2. November 2021 im schottischen Glasgow haben 124 Staaten eine Erklärung verabschiedet, in der sie sich verpflichten gemeinsam daran zu arbeiten, Waldverluste und Landdegradation bis 2030 zu stoppen und umzukehren.

Unterzeichnet haben die „Erklärung der Staats- und Regierungschefs von Glasgow zu Wäldern und Landnutzung“ fast alle walddreichen Staaten, darunter Brasilien, Kanada, Russland, Kolumbien, Indonesien sowie China, Norwegen und die Demokratische Republik Kongo. Auch Deutschland und die EU unterstützen die Erklärung. Die an der Initiative beteiligten Länder beherbergen nach Angaben der britischen Regierung, die die Konferenz geleitet hat, 85 Prozent der weltweiten Waldfläche.

Finanziert wird das Vorhaben von zwölf Geberländern, darunter Deutschland, Frankreich, Kanada, USA, Norwegen und Großbritannien. Bis 2025 sollen rund 19 Milliarden Dollar an öffentlichen und privaten Mitteln insbesondere zum Schutz der tropischen Wälder am Amazonas, in Indonesien und im Kongobecken fließen, um die Entwicklungsländer bei der Wiederherstellung von Wäldern und bei der Bekämpfung von Waldbränden zu unterstützen. Zum Schutz des zweitgrößten Regenwaldes im afrikanischen Kongobecken soll ein neuer Fonds mit 1,5 Milliarden Dollar eingerichtet werden.

Flankiert wird die Initiative von einer Erklärung zu Wäldern, Landwirtschaft und Rohstoffhandel. Eine Reihe Länder, die Produkte wie Palmöl, Kakao und Soja produzieren, für die Waldflächen gerodet werden, will sich darin zu Schritten verpflichten, die den Druck auf die Wälder verringern; darunter die Unterstützung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und die Verbesserung der Lieferkettentransparenz. Auch verpflichten sich mehr als 30 der weltweit kapitalstärksten Finanzinstitute im Zuge des Abkommens, künftig Investitionen auszuschließen, die mit der Abholzung von Wäldern verbunden sind.

Die britische Regierung bezeichnete das Vorhaben als „beispiellos“. „Der Klimawandel und die biologische Vielfalt sind zwei Seiten derselben Medaille“, sagte der britische Premierminister Boris Johnson. Auch US-Präsident Joe Biden betonte, die Wälder seien ein „unverzichtbarer Bestandteil, um unsere Klimaziele zu erreichen“. So hätten die Wälder ein großes Potenzial, klimaschädliches Kohlendioxid aus der Atmosphäre zu holen. Der Schutz der Wälder müsse daher die gleiche Priorität haben wie der klimafreundliche Umbau der Wirtschaft. Die USA wollten der Welt nun helfen, die Entwaldung zu stoppen und bis 2030 darüber hinaus mindestens 200 Millionen Hektar Wald und andere Ökosysteme wiederherzustellen.

Anmerkungen DStGB:

Die Initiative zum Stopp der Entwaldung bis zum Jahr 2030 soll endlich einen Wendepunkt in der internationalen Waldpolitik bringen. Sie ist ein neuer Anlauf zur weltweiten Waldrettung und ein wichtiger Schritt auf dem Weg hin zum Erreichen der Ziele des Pariser Klimaabkommens.

Zwar steht der Waldschutz nicht erst seit gestern auf der Agenda der internationalen Klimaverhandlungen, aber ein wirklicher Durchbruch ist bislang nicht gelungen. So hatten bereits in 2014 auf dem Klima-Sondergipfel Kanada, die USA, Norwegen, Deutschland, Indonesien und 19 andere Länder mit der New Yorker Wald-Erklärung ein deutliches Signal gesetzt und zugesagt, die Entwaldung bis 2020 deutlich aufzuhalten und bis 2030 zu stoppen. 41 Staaten – darunter Chile, Deutschland, Frankreich, Kanada, Kenia, Thailand und die USA – sowie multinationale Konzerne und Nichtregierungsorganisationen haben die Erklärung bislang unterzeichnet.

Mit der New Yorker Walderklärung konnten die Abholzungen jedoch nicht verhindert werden. Sie gingen ungebremst weiter. Die Entwaldung hat sich sogar noch beschleunigt. Während vor 2014 jährlich etwa 18 Millionen Hektar Wald abgeholzt wurden, gingen 2020 weltweit etwa 12,2 Millionen Hektar Waldfläche in den Tropen verloren. Dies zeigen Daten der University of Maryland. Dabei sind solche Urwälder besonders wertvoll für die biologische Vielfalt und die Kohlenstoffspeicherung. Nach den Kraftwerks-Emissionen ist die zweitgrößte Treibhausgasquelle das Abholzen von Bäumen. Zu den Staaten mit dem höchsten Waldverlust seit 2014 gehören Brasilien, Bolivien, Kolumbien und Peru. Seit 2014 haben sich die Abholzungen im Amazonas-Regenwald um fast vierzig Prozent gesteigert. Allerdings zählt nun auch – neben Russland und Indonesien – Brasilien zu den Unterzeichnern der Glasgower Erklärung für einen Entwaldungs-Stopp bis 2030, was viele Beobachter mit Skepsis verfolgen.

Von Fachleuten wie dem Ökologen Simon Lewis vom University College London wird der Vorstoß begrüßt, dass sich so viele Länder politisch verpflichtet haben, die Entwaldung zu beenden und erhebliche Mittel zur Verfügung stehen, um auf diesem Weg voranzukommen. Es besteht aber auch Skepsis, weil eine ähnliche Erklärung aus dem Jahr 2014 sich als vollkommen wirkungslos erwiesen habe. Die eigentliche Herausforderung werde darin gesehen, die politisch beschlossenen Maßnahmen und Aktivitäten auch durchzusetzen. Für den Erfolg müsse die praktische Umsetzung der einzelnen Initiativen sorgfältig überwacht werden.

Die Erklärung von Glasgow findet sich unter <https://ukcop26.org>.

(Bearbeiterin SSGT: Agnes Spanke)

[Inhalt](#)